



1. Politische Gespräche in Kiel mit dem Landesinnenminister

Die GdP Direktionsgruppe Küste im Gespräch mit Hans-Joachim Grothe, dem Innenminister von Schleswig-Holstein! Ein sehr guter Gedankenaustausch zu vielen Themen der Bundespolizei, aktuelle Anlässe sowie der Personalmehrung der Bundespolizei.



Dirk Stooß und Thomas Wulff sprachen dabei viele aktuelle Themen direkt an. Neben dem Personalaufwuchs aus den 12500 Stellen für die Bundespolizei, waren die 200 zusätzlichen Dienstposten, die BMI Seehofer dem Innenminister Grothe versprochen hat, die grenzpolizeiliche und natürlich aktuell auch die bahnpolizeiliche Aufgabenwahrnehmung sowie die Zusammenarbeit und Kooperationen zwischen Bundespolizei und Landespolizei Thema. Einig war man sich darin, dass der bahnpolizeiliche Bereich, gerade auch im Hamburger Randgebiet gestärkt werden muss, ggf. auch durch Schaffung von Diensträumen, die dauerhaft besetzt sind. Hierzu können u.a. die 200 zusätzlichen Mitarbeiter genutzt werden.

Ein sehr gutes Gespräch mit dem Ziel auch weiterhin sich auszutauschen.

**Im Norden reden wir KLARText! Für die Kolleginnen und Kollegen
im ständigen Austausch im politischen Raum!**

2. Weitere Aktion - Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage

Die Initiative der Gewerkschaft der Polizei Bezirk Bundespolizei muss jetzt im Deutschen Bundestag umgesetzt werden! Bundesinnenminister Horst Seehofer haben wir bereits von der Notwendigkeit überzeugt!

JETZT ZÄHLT ES - Gewerkschaft der Polizei Bezirk Bundespolizei



JETZT ZÄHLT ES!

**Ruhegehaltsfähigkeit
der Polizeizulage**



3. Frauen- und Junge Gruppe betreuen unsere Einsatzkräfte bei der Hanse Sail!

Die Gewerkschaft der Polizei Direktionsgruppe Küste betreute am Wochenende mit der FRAUENGRUPPE und mit Unterstützung der JUNGEN GRUPPE die Einsatzkräfte anlässlich der Hanse Sail in Rostock.



Unser Betreuungsteam bestand aus Cindy, Maren, Leah und Nicole, die unter dem Motto "Auffunkundgrün" mit selbstgebackenem Kuchen, Eis und kleinen Aufmerksamkeiten die Kolleginnen und Kollegen besuchten. Dabei fuhren sie den DVR Rostock, den Hauptbahnhof und den Überseehafen an und machten an weiteren Stellen Halt. Eines der größten Events an der Ostsee mit vielen Besuchern forderte auch von unseren Kolleginnen und Kollegen einiges ab. Es war wieder für alle Seiten ein schöner Tag mit vielen netten Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen zu aktuellen Themen!

4. Termine der DG Küste und der Kreisgruppen

22.-24. Oktober	2019	GPR-Sitzung in Cuxhaven
14. November	2019	Personalversammlung BPOLI Pasewalk
18. November	2019	Tagung der Tarifgruppe DG Küste
19.-21. Oktober	2019	GPR-Sitzung in Bad Bramstedt
26. November	2019	Personalversammlung BPOLI KB DO Flensburg

5. Unser Versicherungspartner und Ansprechpartner!



Ansprechpartner
Stefan Schirr macher
Schleswig -Holstein
0451 8092047
0177 4225027
stefan.schirrmacher@signal-iduna.net

Thomas Lißenheim
Mecklenburg
0172 3034398
thomas.lissenheim@signal-iduna.net

Arne -Matthias Schneider
Cuxhaven
0421 391424
0173 2074946
arne-matthias.schneider@signal-iduna.net

Katja Schramm
Vorpommern
038 14566282
0172 6430575
katja.schram_m@signal-iduna.net



6. Informationen aus der Welt rund um die Polizei/Bundespolizei !

- Aufstockung von Frontex

Die geplante Aufstockung der EU-Grenzschutzagentur Frontex auf 10.000 Einsatzkräfte ist ein Thema der Antwort der Bundesregierung (<https://bit.ly/2OX15LK>) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion. Danach sind die Verhandlungen zur neuen Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache Frontex inhaltlich abgeschlossen. Zur Verabschiedung des Vorschlags bedürfe es noch der formellen Annahme durch den Rat der Europäischen Union; das Plenum des Europäischen Parlaments habe bereits am 17. April 2019 zugestimmt.

Die Mitgliedstaaten haben sich den Angaben zufolge bei den Verhandlungen darauf verständigt, dass das künftige „Standing Corps“ von Frontex sukzessive aufwachsen und im Jahr 2027 über 10.000 Einsatzkräfte verfügen soll, sofern eine „Midterm-Evaluierung“ im Jahr 2024 einen entsprechenden Bedarf vorsieht. Wie die Bundesregierung weiter ausführt, trifft sie bereits entsprechende Vorkehrungen, um den deutschen Beitrag an Personal und Ausrüstung bereitstellen zu können.

- 11.496 Abschiebungen im ersten Halbjahr

Im ersten Halbjahr 2019 sind laut Bundesregierung insgesamt 11.496 Abschiebungen vollzogen worden. Davon erfolgten 10.132 auf dem Luftweg, 1.291 auf dem Landweg und 73 auf dem Seeweg, wie aus der Antwort der Bundesregierung (<https://bit.ly/2TVzeKC>) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke weiter hervorgeht.

- Polizistinnen in internationalen Einsätzen

Von den insgesamt 46 im laufenden Jahr an internationalen Einsätzen beteiligten deutschen Polizeikräften sind 38 Männer und acht Frauen. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung (<https://bit.ly/31wcfbB>) auf eine Kleine Anfrage hervor. Danach wird in der Zusammenarbeit des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat mit Entsendern, in gemeinsamen Gremiensitzungen der Arbeitsgruppe internationale Polizeimissionen sowie in persönlichen Gesprächen die „Bedeutung der Frauenförderung in friedenssichernden Missionen thematisiert und nachdrücklich für eine Erhöhung des Anteils von Frauen im Polizeibereich geworben“.

7. Der von der GdP geführte Bundespolizei-Hauptpersonalrat hat sich erfolgreich gegen Verschlechterungen für die Beschäftigten in der Bundespolizei gewehrt.

Was war passiert?

Mit Erlass vom 31. August 2016 hatte das Bundesinnenministerium verfügt, dass bei Dienststellen mit gleitender Arbeitszeit vor der Beantragung von Erholungsurlaub und Gleittagen erst Mehrarbeit bzw. Überstunden abzubauen seien. Selbst bereits beantragter Erholungsurlaub könnte bei Vorhandensein von Mehrarbeitsstunden wieder storniert und durch Mehrarbeitsguthaben ersetzt werden. Später meinte das BMI, diese Einschränkung solle nur „bei drohendem Verfall des Erholungsurlaubs“ nicht angewandt werden. Das BMI hatte den Bundespolizei-Hauptpersonalrat nicht an dem Erlass beteiligt.

Aus Sicht der GdP-Personalräte war die Anordnung auch deshalb rechtswidrig, weil sie zur Versagung eines gesetzlichen Urlaubsanspruchs geführt hätte. Der Bundespolizei-Hauptpersonalrat zog deshalb vor Gericht und setzte sich vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg gegen das BMI durch.

Das BMI hat nun mit Rundschreiben vom 23. Juli 2019 (Z12 - 10014/1#4) die betreffenden Verschlechterungs-Erlasse aufgehoben. Wenn Behörden trotzdem die Absicht haben sollten, Urlaub nur nach Mehrarbeitsabbau genehmigen zu wollen, ginge dies nur nach Mitbestimmung durch die zuständige Personalvertretung - solche Zustimmungen gibt es bisher nicht.

Gut, dass es sie gibt - von der GdP geführte Personalräte in der Bundespolizei!



8. Kreisgruppe Küste stellt Weichen für die nächsten vier Jahre in Neustadt!



Anfang September fand der Delegiertentag der GdP Kreisgruppe Küste in Neustadt/Holstein statt! Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde nach den satzungsgemäßen Vorgängen der neue Vorstand gewählt. Alter und neuer Vorsitzender wurde Michael Alka, zu seiner Stellvertreterin wurde Grit Georg-Dechart gewählt.

Im Weiteren wurden mehrere Kollegen für die Mitgliedschaft in der GdP geehrt, aber auch die Vorbereitung auf die Personalratswahlen 2020 stand auf der Tagesordnung.

Einen großen Anteil nahm die Diskussion zu einigen aktuellen Sachthemen, wie Arbeitszeit und Pausenregelung ein!

[#auchmensch](#)

9. Politische Gespräche mit dem Bundestagsabgeordneten Phillipp Amthor!



Der Vorsitzender der GdP DG Küste, Dirk Stooß führte in der 31. Kalenderwoche ein sehr gutes Telefonat mit dem CDU Bundestagsabgeordneten Phillipp Amthor zum Thema Personalbedarf der Bundespolizei in Mecklenburg-Vorpommern sowie zur Erweiterung der Zuständigkeit an der Seegrenze auf 80 Kilometer für den Bereich Greifswald und die Lübecker Bucht!

Herr Amthor sagte seine Unterstützung zu und legt großen Wert auf eine starke Präsenz der Bundespolizei in allen Aufgabenbereichen, d.h. von den 12500 neuen Dienstposten müssen auch welche in Mecklenburg-Vorpommern ankommen. Weitere Gespräche sind vorgesehen.

[#füreuchimmerimeinsatz](#)

10. Herzlich Willkommen und Gratulation zur bestandenen Laufbahnprüfung !

Im September 2019 wurden in der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt Laufbahnabsolventen des gehobenen Dienstes vereidigt sowie die Aufsteiger aus unseren eigenen Reihen begrüßt. Gleichzeitig ist der VAV-Lehrgang auch beendet worden und alle Teilnehmer haben diesen erfolgreich abgeschlossen.

Allen Kolleginnen und Kollegen gratulieren wir ganz herzlich zur bestandenen Laufbahnprüfung und zur Ernennung. **Wir wünschen Euch viel Erfolg und Freude an der Arbeit!**



11. Einsatzbetreuung der KG Flensburg !

Am 22.09.2019 hat die Kreisgruppe Flensburg mit dem Seniorenteam Walter, Bernd und Jürgen eine Einsatzbetreuung anlässlich des Klimagerechtigkeitscamp "Free the Soil" durchgeführt.



Sie besuchten die Kolleginnen und Kollegen der BPOLI FL sowie Einsatzkräfte der Bundespolizeiabteilung Blumenberg, die im Rahmen des Einsatzes Klimagerechtigkeitscamp "Free the Soil" entlang der Bahnstrecke zum Chem-Coast-Park in Brunsbüttel eingesetzt waren. Nervennahrung und Getränken stand bei den Einsatzkräften hoch im Kurs und bei den vielen Gesprächen zeigte sich, dass die Einsatzbetreuung gut ankam.

#auffunkundgruen

11. GdP-Erfolg für warme Füße, W-LAN und robusten Schutz!

Im parlamentarischen Verfahren der Haushaltsaufstellung ist es inzwischen selbstverständlich, dass wir auch als Interessenvertreter der Bundespolizei zum Regierungsentwurf Stellung nehmen und Gehör finden. Am 25.09.2019 trugen der Vorsitzende des Bundespolizeihauptpersonalrates, Sven Hüber, und die stellvertretende Vorsitzende des Bezirkspersonalrates, Judith Hausknecht (beide GdP) den Berichterstattern, die für die Bundespolizei relevanten Punkte zusammengefasst vor und beantworteten die Fragen der Abgeordneten aller im Bundestag vertretenen Parteien.

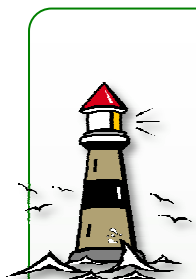
Bereits vorher haben Vertreterinnen und Vertreter der GdP – Bezirk Bundespolizei zahlreiche werbende Gespräche im Bundestag geführt, um den von der GdP erhobenen Forderungen für eine bessere personelle, strukturelle und materielle Ausstattung Ausdruck zu verleihen.

Martin Gerster (Mitglied des Haushaltsausschusses, SPD) übermittelte uns nun folgende Ergebnisse der Einzelplanberatungen im Haushaltsausschuss:

Für die Bundespolizei stellen wir in 2020 und 2021 insgesamt 7 Mio. € für die Beschaffung von Winterstiefeln bereit. Ebenfalls sollen die AFZ sowie die Dienststellen der Bundespolizei digital verbessert werden und WLAN erhalten. Es sollen erneut 2,5 Mio. € für weitere ca. 1.000 der neuen Modelle der taktischen Wechselhülle für Unterziehschutzwesten in der BePo bereit.

Ein weiteres gutes Zeichen, doch wir bleiben dran, denn es gibt weitere Aufgabenfelder, bei denen die Ausstattung einer dringenden Verbesserung unterliegt. Wie W-Lan auf den Einsatzschiffen, in Teilbereichen die persönliche Ausstattung mit Winterbekleidung sowie der bedarfsgerechte IT-Ausstattung u.a.!

Wir bleiben auf allen Ebenen dran!



12. Personalrat, das unbekannte Wesen!

Das Informationsrecht des Personalrates

Inhalt und Durchsetzung

»Wissen ist Macht« lehrt bereits der Volksmund. Zutreffend ist, dass der Besitz von Informationen die Grundlage jeglichen konstruktiven Handelns darstellt. Für die Personalratsarbeit gilt insoweit nichts anderes. In der Praxis kommt es immer wieder vor, dass der Personalrat vom Dienststellenleiter entweder überhaupt nicht, nur unzureichend oder nicht rechtzeitig informiert wird. Der Personalrat kann dem Dienststellenleiter aber nur dann »auf die Finger schauen« und die Interessen der Beschäftigten effektiv vertreten, wenn er über die maßgeblichen Informationen verfügt. Das Personalvertretungsrecht bietet für den Personalrat sowohl eine ausreichende gesetzliche Anspruchsgrundlage als auch Mittel und Wege, um die gewünschten Informationen zu erhalten.

1. Der Inhalt des Informationsanspruchs

Das Bundespersonalvertretungsgesetz sieht in §68 Abs.2 ein Informationsrecht des Personalrats vor. Dort heißt es: »Die Personalvertretung ist zur Durchführung ihrer Aufgaben rechtzeitig und umfassend zu unterrichten. Ihr sind die hierfür erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Der Informationsanspruch begründet eine Verpflichtung des Dienststellenleiters, den Personalrat rechtzeitig und umfassend zu unterrichten sowie die notwendigen Unterlagen vorzulegen, so dass der Personalrat seine Aufgaben ordnungsgemäß durchführen kann. Der Dienststellenleiter ist dazu verpflichtet, ohne Verlangen des Personalrats von sich aus die Initiative zu ergreifen und den Personalrat zu informieren. Dadurch wird der Personalrat in die Lage versetzt, den Sachverhalt zu prüfen, um eine Entscheidung über sein Tätigwerden treffen zu können. Der Informationsanspruch bezieht sich auf alle gesetzlichen Aufgaben des Personalrats und besteht unabhängig von einem konkreten Beteiligungsfall.

Rechtzeitige Information

Der Gesetzgeber sieht vor, dass der Personalrat rechtzeitig zu informieren ist. Eine Information ist »rechtzeitig« erteilt, wenn sie zu einem Zeitpunkt erfolgt, in dem die beabsichtigte Maßnahme noch gestaltungsfähig ist und der Dienststellenleiter noch keine vollendeten Tatsachen geschaffen hat.

Umfassende Information

Außerdem müssen die zugeleiteten Informationen umfassend sein. Die Informationserteilung ist nur dann »umfassend«, wenn dem Personalrat sämtliche Informationen übermittelt werden, über die auch der Dienststellenleiter verfügt.



GdP DG Küste

Impressum

V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei - Direktionsgruppe Küste

Vorsitzender: Dirk Stooß

Wieksbergstraße 54/0 - 23730 Neustadt

Tel.: 0172 - 1779263 -

mail: dg-kueste@gdp-bundespolizei.deHomepage - <http://www.dir-kueste.gdpbundespolizei.de>

@GDP_DG_KUESTE



GdP Direktionsgruppe Küste

